

Unamuno leugnet z. B. die Möglichkeit, die Existenz Gottes durch die Vernunft zu beweisen, leugnet den Glauben im Namen der Vernunft und die transzendente Welt, leugnet die Geistigkeit und die Unsterblichkeit der Seele; er leugnet die Trinität und die Göttlichkeit Jesu Christi, die Erbsünde, die eucharistische Transsubstantiation, die Ewigkeit der Höllenstrafen, verwirft die Verehrung der Jungfrau Maria und die Unfehlbarkeit des Papstes. Nach Unamuno ist es unser „vitaler Instinkt“, der uns die Unsterblichkeit und die Vereinigung mit Gott herbeisehnen läßt, während die Vernunft weder die Existenz Gottes noch die Unsterblichkeit der Seele beweisen kann. In diesem Kontrast besteht das „tragische Lebensgefühl“.

In der „Agonie des Christentums“ unterscheidet der Verfasser zwischen Evangelium und Christentum. Das Evangelium ist Lehre, Frohbotschaft; das Christentum wurde — mit dem hl. Paulus — ein Todeskampf (Agonie) oder Ringkampf. Christus wurde wiedergeboren in den Seelen seiner Gläubigen durch den Kampf oder Todeskampf in ihnen, es wurde wiedergeboren der Glaube an die Auferstehung des Fleisches und mit diesem der Glaube an die Unsterblichkeit der Seele. Unamuno betrachtet die göttliche Einsetzung der Kirche als einen Mythos, und nach ihm verschlimmerte sich die „Agonie“ des Christentums, als das Vatikanische Konzil das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit proklamierte.

Das vorliegende Dekret des Hl. Offiziums unterscheidet sich von den anderen Dekreten dieser Art durch die Beifügung eines Monitums, durch welches die Gläubigen abgehalten werden von der Lektüre auch der anderen Werke Unamunos, da in nicht wenigen von diesen weitere schwere Irrtümer gegen den Glauben und gegen die Moral verstreut sind. Nur zwei Beispiele seien hier angeführt. In der Novelle „San Manuel Bueno, martir“ ist die Hauptperson, ein Priester, der weder an Gott noch an Jesus Christus noch an die Unsterblichkeit der Seele noch an einen der Glaubensartikel glaubt, dargestellt als fromm und gut und sein Tod beschrieben wie der eines Heiligen. In ihr ist der dogmatische Irrtum enthalten, daß es möglich sei, daß ein gelehrter und frommer Priester den Glauben verliert und ohne diesen heiligmäßig stirbt; es bildet sich so in den Gläubigen der Verdacht, daß der Priester die göttlichen Geheimnisse ausspendet, ohne an sie zu glauben. Wenn wir vom dogmatischen Gebiet im engeren Sinn auf das moralische übergehen, genüge es hinzuweisen auf die „Vida de Don Quijote y Sancho“, in welcher die freie Lebensführung eines Mädchens Maritones gebilligt wird.

An das Monitum, das im Dekret des Hl. Offiziums enthalten ist, wird so die Hoffnung geknüpft, daß es alle diejenigen zu einer ernsten Besinnung führe, die sich betrügen haben lassen von denen, welche im Namen eines sogenannten höheren Zusammenlebens der verschiedenen Lebensauffassungen sich herausnehmen, die großen Leuchten des katholischen spanischen Geisteslebens auf dieselbe Ebene zu stellen wie den Häretiker Unamuno. Es verbindet sich damit auch der Wunsch, daß die Katholiken gewarnt seien vor den Gefahren, die Werke solcher Art für den Glauben darstellen.

Vom katholischen Missionswerk

Schwarze Jugend in Gefahr

Von P. Joh. Bettray S. V. D., St. Gabriel—Mödling bei Wien

Übersicht. In der katholischen Weltmission zählte man in den Propagandagebieten im Jahre 1955 insgesamt 42.323 Elementarschulen, 5.705 Mittelschulen, 1.142 Berufsschulen und 476 Normalschulen. Das ist ein Schulsystem von 49.646 Schulen mit zirka 6 Millionen Schülern. Davon entfiel der Löwenanteil auf Afrika. 1954 zählte man dort 31.267 Elementarschulen, 1.695 fortgeschrittene Schulen, 149 Mittelschulen, 700 Fachschulen, 272 Lehrerbildungsanstalten mit ungefähr 3 Millionen Schülern. Hinzu kommen etwa 1 Million Kinder in den portugiesischen Gebieten Afrikas und in Nordafrika. Damit ist die Kirche jene Institution, welche die größte Schulorganisation in Afrika hat.

Das katholische Schulwesen ist dem staatlichen weit voraus. Ja, nur dort, wo das katholische Schulwesen stark entwickelt wurde, hat das staatliche Fortschritte gemacht. Dort, wo die Missionsanstrengung schwach war, besonders in den islamisierten Gebieten Französisch-Afrikas, hat es auch die öffentliche Gewalt bis in die letzten Jahre herein nicht fertiggebracht, ein bedeutsames Schulnetz zu schaffen. Wenn heute von einer Konkurrenz zwischen Staatsschule und Missionsschule die Rede ist, so ist das natürlich vollkommen sinnlos, wenn man bedenkt, wie viele afrikanische Kinder noch keine Schulbildung haben.

Warum eigentlich Missionsschulen? Der erste und sehr eindrucksvolle Grund ist geschichtlicher Natur. Die Missionare waren die ersten, die überhaupt Schulen eröffneten. Sie waren auch lange Zeit die einzigen Erzieher der afrikanischen Jugend. Gewiß sind die Missionsschulen nicht in erster Hinsicht dafür da, der Kirche Taufbewerber zuzuführen, wenn auch zugegeben werden darf, daß die Schule ein hervorragendes Mittel zur Gewinnung neuer Christen ist. Andererseits ist sie aber auch jetzt nicht nur dafür da, den jungen Menschen das Wissen Europas zu vermitteln. Die Missionsschule steht vielmehr im Dienste der menschlichen Persönlichkeit. Sie erzieht die jungen Menschen zur Meisterung des Lebens hier unten und zur Erreichung des Zieles im Jenseits. Gerade dieser Wert der christlichen Schulen Afrikas wird von vielen, auch nichtchristlichen Afrikanern erfaßt und bejaht. Darum ist das alleinige Mühen um die Einhaltung der Schulpläne kaum als ideal zu bezeichnen, weil dadurch allzuleicht die Grunderziehung, vor allem die religiöse Erziehung, Schaden leidet. Aber gerade sie braucht der junge Schwarze. Sonst erzieht man ein intellektuelles Proletariat, das den besten Boden für Umwälzungen bietet.

Aus dem Gesagten werden schon einige Probleme sichtbar. Diese ergeben sich einmal aus dem Fortschritt der Schule an sich. Dieser ist so gewaltig, daß die Mission, ob sie will oder nicht, einfach mit dem Strom schwimmen muß. Dadurch aber werden leicht andere Aufgaben vernachlässigt. Es kann nicht als ideal angesehen werden, daß 25 bis 30 % der auswärtigen Missionare in der Schularbeit stehen. Die Formung der Laienelite, die nachschulische Betreuung der Jugend, die direkte Glaubensverkündigung müssen unter dem Druck der Schule leiden. — Ein nicht zu unterschätzendes Problem kommt aus dem mangelnden Verständnis der Eltern für die schulische Erziehung der Kinder, vom Mangel an technischer und agronomischer Ausbildung der jungen Menschen zugunsten einer rein intellektuellen Kollektbildung; in vielen Fällen von der Unmöglichkeit für die Schwarzen, das erworbene Wissen nutzbar zu machen. — Ein Problem ganz eigener Art ergibt sich daraus, daß die Schule bei aller Allgemeinbildung doch die einheimische Eigenständigkeit nicht tangieren darf. — Auch sollte die Schule die Probleme des Rassismus, der drohenden Vermassung und damit des Kommunismus, die oft noch starken heidnischen Überbleibsel aus dem Wege räumen. — Endlich muß auf die heute am meisten akuten Gefahren hingewiesen werden. In den jungen selbständigen oder bald selbständigen Ländern droht die Schule in die Hände des Staates zu kommen, um dann zu einem Mittel nationaler Propaganda in dieser oder jener Weise herabzusinken. In anderen Gebieten wiederum sind offenbar freimaurerische Kräfte an der Arbeit, welche die katholische Schule ihres katholischen Charakters wegen aus der Welt schaffen möchten. Wenn diese Absicht bis jetzt nicht vollkommen gelungen ist, dann nur deshalb, weil die Staatsschulen noch nicht genügend entwickelt sind. Das Erschreckende dabei besonders für die Zukunft ist, daß neben den Weißen auch zahlreiche Schwarze solche Bestrebungen verfolgen.

I. Britische Gebiete

Ein schwerer Anschlag auf die Missionsschulen war der Erziehungskongreß vom 1. September 1952 in Cambridge. Verstaatlichung und Stellung der Schulen unter die Lokalbehörden waren Ziele des Kongresses. Für die Afrikaner wäre das die Erfüllung langgehegter Wunschträume gewesen. Für die Missionsschule hätte es den Ruin bedeutet. Die Protestanten sahen in diesem Kongreß die Möglichkeit, ihren Wunsch nach interkonfessionellen Schulen durchzusetzen. Man beabsichtigte sogar, alle privaten Schulen öffentlichen Organen zu unterstellen. Die Katholiken waren die einzigen Verfechter der Konfessionsschule. Wenn ein solcher Geist einen Kongreß beherrscht, wundert es nicht, wenn er sich in manchen Gebieten Afrikas wiederfindet.

A. Westafrikanische britische Gebiete

1. An der Goldküste sind 42 % aller Kinder von der Schule erfaßt. Von 3.997 Schulen sind 1.117 unter katholischer Leitung. Von 419.362 Kindern und Jugendlichen besuchen 139.928 katholische Schulen. Die staatlichen Schulen sind verschwindend gering. Eröffnung, Kontrolle und Finanzierung der Schulen erfolgen durch den Staat. Die Missionare übernehmen Unterricht und Leitung der Schule. Einen Haken hat die ganze Angelegenheit, der sich später ungünstig auswirken kann: Seit 1952 bieten die Lokalbehörden den Missionsorden usw. die Errichtung von Volksschulen unter der Bedingung an, daß diese später vom Staat übernommen werden, wenn dieser dazu in der Lage ist. Im gleichen Sinne ist auch die Verfügung zu verstehen, daß die Missionschulen alle Kinder ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis aufnehmen müssen.

2. In Nigeria sind 20 % aller Kinder von der Schule erfaßt. Die Regierung macht den offenen Versuch, die katholischen Schulen abzuwürgen. Die Maßnahme, Kinder, die über die bisherige Zahl in den katholischen Schulen hinausgehen, einfach in andere Schulen zu überweisen, ist eine glatte Mißachtung des Elternrechtes. Von hier ist das Verbot zu verstehen, neue katholische Elementarschulen aufzumachen, und die Anmaßung, sich das Recht auf die Eröffnung neuer Schulen vorzubehalten. In die gleiche Richtung gehen die Bemühungen, die katholischen Schulen zu Schulen zweiten Grades zu stempeln, katholische Lehrer an protestantischen und protestantische Lehrer an katholischen Schulen einzustellen u. ä. Die Stellung der Bischöfe ist klar. Sie bestehen auf dem Elternrecht. Die Katholiken Ostnigerias haben sehr gut reagiert. Es entstand die „Katholische Bewegung Ostnigerias“, die, ohne Partei zu sein, die Katholiken in sozialer und politischer Hinsicht mündig machen will. Gerade der Osten des Landes ist schulisch weit entwickelt.

B. Ostafrikanische britische Gebiete

In den britischen Gebieten Ostafrikas sind 35% aller Kinder von der Schule erfaßt. Auch hier wurden schon Proteste der Bischöfe nötig. Es scheint, daß englische Freimaurer an der Arbeit sind.

1. In Uganda setzte die Regierung eine Kommission für die Schulfrage ein. Trotzdem diese gegen den Beschluß stimmte, setzte die Regierung fest, überall dort interkonfessionelle Schulen zu errichten, wo man darum ansucht.

2. In Kenya haben die Mau-Mau-Unruhen über die Gefahr eines religionslosen Unterrichtes gründlich die Augen geöffnet. Man sieht ein, daß eine materialistische Erziehung für die afrikanischen Völker schädlich ist. Man verlangt Schwesternerziehung für die Frauen.

3. In Tanganjika wird die katholische Schule vom Staat unterstützt. Aber dieser bevorzugt die neutrale Schule so sehr, daß diese langsam die Oberhand gewinnt. Vor allem wünschen die Einheimischen selber die neutrale öffentliche Schule, weil sie darin ihren ganzen Einfluß ausüben können, ohne von der Kirche gestört zu werden. Man erhofft sich so eine leichtere Einheit von Volk und Rasse. Wo mehrere religiöse Schulen bestehen, möchte man diese abschaffen. Man will offenbar nicht begreifen, daß Eltern das Recht der Wahl der Schule für ihre Kinder haben. Man lebt in den Ideen des nationalen totalitären Staates.

C. Zentralafrikanischer Bund

1. Nachrichten von 1953 besagen, daß zur Eröffnung einer Schule in Süd-Rhodesien eine offizielle schriftliche Erlaubnis notwendig ist. Falls es sich um eine Schule für Afrikaner handelt, darf im Umkreis von drei Meilen keine andere approbierte Schule bestehen. Gewisse Gegenden sind außerdem für protestantische Sekten reserviert.

2. Aus Nyasaland häufen sich Alarmnachrichten. Im Juli 1954 hat der „Afrikanische Nyasalandkongreß“ erstmalig in der Presse erklärt, daß er für die neutrale, alle erfassende Erziehung in den afrikanischen Privatschulen und für die Übernahme aller Schulen durch den Staat eintritt. Seitdem wurde diese Frage häufig ventiliert. Prominente Afrikaner haben die Regierung ersucht, die Führung aller Schulen zu übernehmen.

II. Französische Gebiete

A. Allgemeines

1. Tatsachen. Nach Angaben von 1954 besuchten aus allen französischen Gebieten Afrikas, abgesehen von Marokko und der Sahara, insgesamt 388.150 junge Menschen die Schulen. Der Schulbesuch in den französischen Gebieten Schwarzafrikas beträgt durchschnittlich 16 % der einschulungsfähigen Jugend. Während in Ruanda-Urundi auf 8 Bewohner, in Belgisch-Kongo auf 11 Bewohner 1 Schulbesucher kommt, ist es in Französisch-Äquatorialafrika nur 1 auf 33. In Französisch-Westafrika ist das Verhältnis noch schlechter. In den französischen Gebieten ist das Missionsschulwesen schwach entwickelt. In Französisch-Westafrika werden nur 28,8 %, in Französisch-Äquatorialafrika 46 %, in Togo 48 % und in Kamerun 71 % der Schüler von Missionsschulen erfaßt. Auffallend ist, daß gerade in den mohammedanischen Gebieten sehr wenige Schüler sind: In Französisch-Sudan 6,6 %, Mauretanien 5,3 %, Obervolta 4,7 %, Tschad 4,2 %, Niger 3 %. Wenn irgendwo, dann gilt für die französischen Gebiete: „Schulen, immer mehr Schulen!“

2. Wo liegen die Ursachen für diese beklagenswerten Zustände? Die erste und wesentlichste Ursache ist die laizistische Politik am Anfang des Jahrhunderts mit ihren antireligiösen Gesetzen, die unbesehen auf die Kolonien übertragen wurden. Das Missionsschulwesen wurde übersehen, nicht gefördert oder schwerstens gehemmt. Heute wird angeblich in den französischen Überseegebieten eine liberale Schulpolitik verfolgt. Man arbeitet auf seiten der Kirche und des Staates zusammen. Wenn es nur nicht zu spät ist! Eine weitere Ursache hängt mit der ersteren zusammen. Man begreift, daß in mohammedanischen Gebieten — damit haben wir es bei den französischen Besitzungen meistens zu tun — keine große Begeisterung für eine Schule herrscht, in der keine Religion gelehrt werden darf. Außerdem glaubte der Staat, strenge Normen für die Missionsschulen und die Lehrer, die in ihnen angestellt werden sollten, aufstellen zu müssen. Die katholische Mission hat sich dagegen viel mehr angepaßt. Sie begann mit kleinen Forderungen und machte durch diesen allmählichen Beginn ein Schulwesen überhaupt erst möglich. Die Missionare verdienen Lob, wenn sie die Frage nach dem Überhaupt der Schule der Frage nach dem Wie vorziehen.

B. Die Lage der katholischen Schulen in einzelnen Gebieten Französisch-Afrikas

1. Aus Französisch-Äquatorialafrika erfährt man, daß 19,7 % der Jugend eingeschult sind. Vom Budget kam 1,3 % auf das Schulwesen. Das private Missionsschulwesen wird vom Staat inspiert. Eine private Schule kann nur mit Erlaubnis des Staates eröffnet werden. Die größte Zahl der Kinder geht in staatliche Schulen.

2. In Kamerun zählt das private Schulwesen 150.000 Schüler, das staatliche kaum 50.000. Leider ist die staatliche Subvention sehr gering. Ein normales Vorwärtkommen der Lehrkräfte, Neueinstellung von Lehrern, Neueröffnung von Klassen oder Schulen ist daher unmöglich. Und doch käme das private Schulwesen viel billiger. Das öffentliche Schulwesen kostete bei 51.245 Schülern im Jahre 1954 654 Millionen Franken, während das private Schulwesen bei 126.508 Schülern im gleichen Jahre nur 190 Millionen Franken kostete.

3. Auf Madagaskar stehen die katholischen Schulen allen Rassen und Religionen offen. Die Privatschulen erhalten nur sehr wenig Unterstützung durch die öffentliche Hand. Die Eltern zahlen daher einen kleinen Beitrag, der aber kaum ausreicht, um etwa die Lehrergehälter zu bezahlen. Die Lehrer an katholischen Schulen erhalten darum auch geringere Gehälter als ihre Kollegen im öffentlichen Unterricht. Das muß sich auf die Qualität der katholischen Schulen auswirken.

4. Das französische Schulsystem in den afrikanischen Gebieten ist belastet mit dem starken Nationalismus der Franzosen und dem systematischen Niederhalten der einheimischen Führungsschichten. Es ist doch merkwürdig, daß die Katholiken, die das „Institut für Hochschulstudien“ in Dakar besuchen, geradezu um Entschuldigung bitten im Kreise der übrigen Studenten, daß sie die Religion der Kolonialherren angenommen haben. Daß die katholische Vereinigung, in der sie zusammengeschlossen sind, die studierende katholische Jugend (J. E. C.), keinen Anschluß will an die Gruppe

in der Metropole Paris, sondern an die internationale Organisation, ist mehr als bezeichnend (Les Missions Catholiques 1956, 102).

III. Belgisches Gebiet

Das belgische System der Zusammenarbeit von Mission und Staat konnte bis vor wenigen Jahren als ideal angesehen werden. Mit dem Regierungsantritt und der Koalition der Liberalen und Sozialisten sind schwere Wolken am Schulhimmel des belgischen Kongo aufgezogen.

A. Übersicht

1. Von allen Missionsgebieten Afrikas ist der Kongo hinsichtlich der Schulen am meisten fortgeschritten. Für 1955 wird ein katholisches Schulsystem angegeben, das imponierend ist. Die Zahlen in der Klammer bedeuten den Fortschritt gegenüber dem Vorjahr.

Primärschulen: 17.145 (+ 592) mit 1.219.977 Schülern (+ 27.652);
 Lehrerbildungsanstalten: 118 (+ 6) mit 10.272 Kandidaten (+ 914);
 Berufsschulen: 184 (+ 13) mit 9.771 Schülern (+ 1.688);
 Mittelschulen: 74 (- 29) mit 7.273 Schülern (+ 2.992);
 Haushaltsschulen: 160 (+ 10) mit 7.749 Schülerinnen (+ 576).

Der Rückgang in der Zahl der Mittelschulen ist nur scheinbar. In den Primärschulen arbeiten 25.820 Lehrer (+ 2.429) und 2.128 Lehrerinnen (+ 198). In Belgisch-Kongo sind über 50 %, in Ruanda-Urundi über 86 % der Kinder schulisch erfaßt. 1954 waren 90—95 % der Schulen in katholischer Hand. Der Fortschritt des Schulwesens ist so eindrucksvoll, daß z. B. in Ruanda-Urundi die Unkosten für das Schulwesen im Jahre 1953 12 % des Gesamtbudgets ausmachten. Man plante daher eine Verlangsamung in der Entwicklung des Schulwesens. Es sollten jährlich nur mehr 50 Schulklassen eingerichtet werden, obwohl die Bevölkerung dieses Landes jährlich um 100.000 Seelen wächst. Dabei braucht der Staat nicht einmal alle Schulen zu unterstützen. Nach Zahlen von 1952/53 gab es in Ruanda-Urundi allein 2.806 katholische Buschschulen mit 289.200 Kindern, bei insgesamt 563.000 schulisch erfaßten Kindern. Diese Buschschulen erhalten keine Unterstützung.

2. Um die ganze Ungeheuerlichkeit des Anschlages freimaurerischer Kreise Belgiens und darüber hinaus der Weltfreimaurerei gegen das katholische Schulwesen am Kongo zu verstehen, ist folgendes vorzuschicken. Seit 1925 erklärte sich der belgische Staat bereit, die Hälfte der Unkosten des Schulwesens am Kongo zu tragen. Seit 1948 zahlt der Staat 80 % des Gehaltes eines geprüften Lehrers, 75 % der Bauunkosten eines neuen Schulgebäudes, 50 % der Kosten für Internatsschüler. Später stiegen die Leistungen des Staates noch. Die Einrichtung von Internaten ist im dünnbevölkerten Kongo eine Notwendigkeit. Der Staat zahlte in dieser Zeit 600 Franken pro Schüler. Die Missionsschule kostet dem Staat nur ein Zehntel von dem, was ein staatliches Schulwesen im gleichen Umfang kosten würde. Ein Negerschüler kostet in der Staatsschule 6.043 Franken, in der staatlich unterstützten Privatschule der Mission aber nur 700 bis 900 Franken. Man hat errechnet, daß die 14 in Usumbura (Urundi) eingerichteten Laienschulen dem Staat bei 750 eingeschulten jungen Menschen dasselbe kosten, was 4.500 Kinder in Usumbura selbst und 8.000 im Inneren des Landes kosten würden, wenn sie von der Mission unterrichtet würden. Man sollte meinen, daß derartig einfache Rechenaufgaben den Staat vor Experimenten bewahren müßten, wenn er wirklich im Interesse der schwarzen Bevölkerung des Kongo handelte. Wie aber sind die Tatsachen?

B. Kurze Geschichte des Schulkampfes im Kongo

Ende April 1954 fand die christlich-soziale Regierung in Belgien durch die Wahl ein Ende. Die neue Regierung ließ evident freimaurerische Ziele erkennen, wenn sie Verstaatlichung der Schulen, nur mehr Duldung des freien Unterrichtes, nichtkonfessionellen Unterricht, Herabsetzung der katholischen Schulen proklamierte. Seit Juni 1954 ist der Kampf im Kongo im Gange. Gottlose, laizistische Beamte wurden in den Kongo hineingeschleust. Die Bischöfe protestierten energisch gegen die bald geäußerte Absicht des Kolonialministers Buisseret, den neutralen Unterricht im Kongo einzuführen. Elternrecht, nur Hilfestellung des Staates, übernatürliche Rechte der Kirche waren ihre wirksamen Argumente. Trotz Zusicherungen des Ministers erfolgte am 12. November

1954 die Streichung der Unterstützung für das Volksschulinternat ersten Grades. Am 8. Dezember desselben Jahres kündete ein weiteres Schreiben die Reduzierung der Lehrergehälter an sowie eine weitere Verringerung der Internatsbeiträge. Diese Maßnahmen sollten am 1. Jänner 1955 in Kraft treten. Die Regierung wollte nur mehr 90 % (statt 100 %) der Gehälter für diplomierte Lehrer und 80 % (statt 90 %) für Lehrer mit pädagogischer Schulbildung zahlen. Die Kosten für die Internate wollte die Regierung statt wie bisher zu 80 % nur mehr zu 50 % zahlen. Daraufhin traten die Bischöfe des Kongo zusammen. In dem von ihnen publizierten Kommuniqué werden weitere Schwierigkeiten ersichtlich. Die Maßnahmen gingen noch weiter. Am 18. Dezember 1954 erging die Aufforderung, das Laienpersonal der katholischen Primärschulen für europäische Kinder auf ein Drittel (statt zwei Drittel) zu reduzieren. Die Laienlehrkräfte sollten die Entlohnung von Ordensleuten erhalten, wovon Laien jedoch nicht leben können. Natürlich setzten sich die Bischöfe des Kongo zur Wehr. Am 18. Jänner 1955 kam es auch zu einer Protestkundgebung von Eltern mit Telegrammen an König und Minister. Daraufhin kam der Minister selbst in den Kongo. Die Unterredung mit Msgr. Verwimp hatte als Ergebnis, keine Modifizierung vorzunehmen. Die geschilderten Maßnahmen wurden rückgängig gemacht. Wer aber geglaubt hatte, der Kampf sei damit ad acta gelegt, täuschte sich. Die hohen Beamten im Kongo kämpften weiter gegen die christliche Schule. Gesuche der Missionare werden auf die lange Bank geschoben; die Wirkung dieser Verzögerung ist verhängnisvoll. Das katholische Schulwesen macht eine schwere Krise durch. Alles, was die Missionen betrifft, wird systematisch sabotiert. Ende 1954 fand eine vierzigtägige Inspektionsreise von drei Beamten des Kolonialministeriums statt. Das Ergebnis war ein 338 Seiten langer Bericht, in dessen Begleitschreiben der katholische Schulunterricht im Kongo summarisch verurteilt wird. Der Bericht nennt das ganze Unterrichts- und Erziehungswesen der katholischen Mission im Kongo einen Fehlschlag, der dem Kongo großen Schaden zugefügt habe. Die neuerdings von der Regierung getroffene Regelung, daß für die nächsten drei Jahre von den für Neueinrichtung von Schulen bereitgestellten Mitteln nur 45 % den katholischen Missionsschulen, 45 % den religiös neutralen Schulen und 10 % den protestantischen Schulen zur Verfügung gestellt werden, mußten die Bischöfe schweren Herzens annehmen. Loyal und gerecht wären 90 % gewesen. Aber selbst in der Bereitstellung dieser 45 % sucht man zu Einschränkungen zu kommen. So ist die Tendenz zur haßerfüllten Vernichtung des gesamten katholischen Schulwesens klar ersichtlich. Natürlich geben sich die Bischöfe nicht geschlagen. Die Bischofskonferenz vom 2. Juli 1956 gab die feierliche Erklärung ab, daß die Eltern für ihre Kinder die Schulen wählen dürfen, die das Gewissen ihnen vorschreibt. Die öffentliche Behörde muß das Recht der Eltern respektieren. Besonders eindrucksvoll ist der Schulkampf in Ruanda-Urundi. 1954 wurde dort ein Konsultativrat als erster Schritt der Teilnahme von Afrikanern an der Lokalpolitik eingerichtet. Der Rat von Urundi lehnte einstimmig die Einrichtung der offiziellen Laienschule ab. Trotzdem hat der Kolonialminister die Errichtung eines Laienschulsystems in Usumbura befohlen. Für diese Schulen werden reichliche Mittel zur Verfügung gestellt, während die Missionare für ihre Schule wenig erhalten. Im Juni 1955 forderte der Rat von der Verwaltung die sofortige Aufhebung dieses Schulsystems. Es gab ausweichende Antworten, aber es geschah nichts. Darauf wandte sich der Rat in einer Petition vom 18. Jänner 1956 an die beiden belgischen Kammern, die in dem gleichen Sinne verfaßt war. Nun bestritt der Minister die Kompetenz des Rates und erklärte die Petition als irregulär. Diese Tatsachen legte der Sprecher der christlich-sozialen Partei Belgiens in der Kammer der Regierung zur Last. Sie habe das Vertrauen enttäuscht, das belgische Untertanen oder Schutzbefohlene in das erste demokratische Institut setzten, das man in Übersee errichtet habe. An der Debatte nahmen schwarze Kongonesen auf den Rängen teil. Es wurde die Forderung gestellt, drei Beamte nach Usumbura zu schicken, um die Sache an Ort und Stelle zu prüfen. Am 12. April 1956 traf die Kommission mit dem Rat von Urundi zusammen und fragte diesen selber, ob er bei dem Inhalt der Petition verharre. Alle Mitglieder bejahten einstimmig. Bei dieser Sitzung legten die Mitglieder des Rates die grundsätzliche Frage vor: „Sind wir die anerkannten Vertreter des Landes Urundi oder nicht?“ Der Präsident der Kommission antwortete ausweichend, er wolle diese Frage dem belgischen Senat vorlegen. In ähnlicher Weise

sprach sich der Rat von Ruanda gegen die Laienschule aus. Mit 19 gegen 3 bei 5 Stimmenthaltungen entschieden sich die Mitglieder des Rates für die Nichtzulassung von Laienschulen.

C. Die Gründe gegen die Laienschulen

Die Vertreter des Rates von Urundi wiesen auf die Mau-Mau-Unruhen hin. Solche Dinge entstehen, wenn das Volk keinen Halt mehr in der Religion hat. „Laienschulen geben nicht die geringste Garantie für eine moralische und christliche Erziehung unserer Kinder. Darum sind wir radikal dagegen“. Die Aussichten für die Zukunft sind dunkel genug. Mit dem Hereinpumpen laizistischer Kräfte nach Afrika wird auch der laizistische Geist sich immer mehr breitmachen. Die Schwarzen sehen erstmalig eine Spannung zwischen Staat und Kirche mit eigenen Augen. Wie sollen sie eine solche verstehen? Die Folge ist, daß bei den Evoluierenden der Geist der Kritik um sich greift.

IV. Unabhängige Staaten

A. Ägypten

Man zählt in Ägypten mehr als 2.000 private Schulen mit etwa 500.000 Schülern. In den katholischen Schulen werden 50.000 Schüler, von denen etwa 18.000 Mohammedaner sind, unterrichtet. Der Unterricht in den ägyptischen Staatsschulen ist im allgemeinen kostenlos, während in den Missionsschulen Taxen erhoben werden. Diese werden aber auch von mohammedanischen Eltern gerne bezahlt.

Die Gefahren, die dem christlichen Schulwesen drohen, sind groß. Eine Verschärfung der Tonart des Staates gegenüber den Privatschulen bedeutet die Maßnahme, daß hinfort zur Eröffnung neuer Privatschulen eine behördliche Genehmigung notwendig ist und daß die Lehrer sich in der Zukunft über ihre Qualifikation ausweisen müssen. Im Dezember 1955 erließ die Regierung ein Gesetz folgenden Inhalts: Die privaten Schulen unterstehen der Kontrolle und Inspektion des Ministers für Erziehung und Unterricht. An den Privatschulen muß für islamitische Kinder der Koran gelehrt werden, während es anderseits möglich ist, daß an den staatlichen Schulen für die Christen die christliche Religion gelehrt wird. Christliche Schulen dürfen in Zukunft den Koranunterricht nicht mehr den Eltern der Kinder überlassen. Der Unterricht muß in der Schule selbst erfolgen. Am 16. April 1956 verschärfte das Unterrichtsministerium diesen Erlaß dadurch, daß es vorschrieb, daß bis 4. Dezember 1956 jede Schule ihre Schüler innerhalb des Unterrichtsplanes in der entsprechenden Religion unterrichten müsse. Das „Evangelische Missionsmagazin“ vervollständigt diese Aufzählung von Maßnahmen der Regierung: Ab 1957 müssen auf dem Schulgelände für die islamitischen Schüler Moscheen errichtet werden. Ebenso müssen die Schulen am Freitag, dem Sabbat des Islam, schließen. Der islamische Religionsunterricht muß in Zukunft auf Arabisch erfolgen. Eine Nichtbefolgung dieser Maßnahme soll Beschlagnahme zur Folge haben. Ebenso sollen Versuche, diese Anordnung zu umgehen, mit Beschlagnahme bestraft werden. Es scheint indessen, daß diese innenpolitischen Pläne der Regierung vor der außenpolitischen Spannung mehr zurückgetreten sind. Jedenfalls tritt das Gesetz um den zwangsweisen Koranunterricht vorerst zurück. Es ist nicht sicher, ob das mit dem Besuch des Apostolischen Delegaten Oddi von Jordanien in Ägypten (jetzt Internuntius in Ägypten) zusammenhängt, der einen Brief des Hl. Vaters überbrachte. Erstaunlich ist, daß nach einer jüngeren offiziellen Erklärung des Unterrichtsministeriums die Regierung eine möglichst große Schülerzahl in den katholischen Schulen und das Beste der freien Schulen will, und auch bereit ist, für diese Mittel freizumachen.

B. Republik Sudan

Bedrohlich ist die Lage des katholischen Schulwesens in diesem jungen Staatswesen. Der Norden des Landes ist dem Süden kulturell voraus. Im Süden sind aber die meisten Christen. In welche Richtung alles geht, zeigt die Maßnahme der Regierung, das Arabische in allen Regierungs- und Missionsschulen einzuführen. Die Eröffnung neuer Missionsschulen soll fortan (Nachrichten von 1953) dem Unterrichtsministerium vorbehalten sein. Im Süden will man jedenfalls eine neue Missionsinitiative nicht dulden. Im Frühjahr 1955 erfuhr man wohl, daß der Unterrichtsminister willens sei, den katholischen Schulen weiterhin Zuschüsse auszuzahlen, aber man benutzte dann die

Revolte vom August 1955 sehr geschickt dazu, die katholischen Schulen auf ein Jahr zu schließen. Die Wiedereröffnung war für April–Mai 1956 vorgesehen. Dann aber sollte nur mehr die arabische Sprache verwendet werden, während man bis dahin die Sprache des Landes gebrauchte, in dem die Schule errichtet war. Erneut drückte die Regierung ihre Absicht aus, sich die Eröffnung neuer Schulen vorzubehalten, was deutlich auf ein beabsichtigtes Staatsmonopol hinweist. Die Situation im Sudan ist deswegen auch besonders gefährlich, weil sich starke kommunistische Kräfte zeigen. An der seit dem 24. Juli 1956 bestehenden staatlichen Universität in Khartum sind im Vorstand der Studenten-Union vier Kommunisten, vier mohammedanische Brüder und zwei weitere mohammedanische Vertreter. 70 von den 813 Studenten gehören der kommunistischen Partei an. Weit mehr sympathisieren mit dem Kommunismus, während 20 katholische Studenten Mitglieder der St.-Augustinus-Gesellschaft sind.

C. Südafrikanische Union

Von christlichen Staatsmännern hervorgerufen sind die Schwierigkeiten der katholischen Missionsschulen in Südafrika. Die Kirche hatte nach Angaben von 1955 in Südafrika 176 Schulen für weiße und 157 Schulen für farbige Kinder mit insgesamt 60.308 Kindern im Primär- und 7.844 Kindern im Sekundärunterricht. Für die schwarzen Kinder standen nach gleichen Angaben 727 Schulen zur Verfügung, in denen 114.071 Kinder unterrichtet werden (nach anderen Angaben sind es 755 Schulen und 120.000 Kinder). 1952 erhielten die katholischen Schulen zirka 400.000 Pfund Sterling vom Staat als Unterstützung.

Die Regierung gab schon 1950 klar zu verstehen, daß es ihr Wille sei, alle vom Staat unterstützten Schulen unter staatliche Kontrolle zu bringen. Der Einfluß der Kirche auf die Erziehung der Jugend sollte fast völlig ausgeschaltet sein. Damals erklärten sich bereits über 80 % des gesamten Lehrpersonals an katholischen Schulen gegen solche Absichten der Regierung. 1953 kam es zu einem scharfen Vorstoß der mächtigen südafrikanischen Calvinisten, die ganz offenbar die „römische Gefahr“ fürchten. Im gleichen Jahre kam die „Bantu Education Bill“ des Ministers Verwoerd heraus, die neben einem Schlag gegen die Kirche nichts anderes war als die Verfolgung der „Apartheid“-Politik und darauf hinzielte, alle Schulen in Staatseigentum überzuführen. Die Bischöfe Südafrikas traten im September 1954 zusammen und beschlossen, die Bantuschulen auf jeden Fall zu halten. Der 1. April 1955 war der Stichtag für die Übernahme der privaten Schulen durch den Staat. 5.000 bis 6.000 private Schulen gingen an den Staat über, in der Hauptsache protestantische Schulen. Die katholischen Schulen wurden, stufenweise abnehmend, jährlich um 25 % weniger, vom Staat weiter unterstützt. Nun mußte sich die Kirche nach den nötigen Geldern umschauen. Am Christkönigsfest 1955 war der große Sammeltag für die Schulen. Nach Abschluß dieser eindrucksvollen Manifestation katholischer Einheit waren 920.000 Pfund Sterling für die katholischen Schulen gezeichnet. „Das Wagnis, die Verstaatlichung der katholischen Schulen abzulehnen, war fast tollkühn. Aber die Gläubigen haben den Mut der Bischöfe gebilligt und ihr Vertrauen durch Opferbereitschaft nicht enttäuscht.“ Natürlich gab sich die Regierung nicht geschlagen. Sie forderte neuerdings zur staatlichen Anerkennung einer privaten Bantuschule die Genehmigung der Regierung. Sie nahm den Provinzialbehörden das Schulwesen aus der Hand und trifft ihre Entscheidungen jetzt ohne die in der „Bantu Education Bill“ vorgesehene Kommission für eingeborene Angelegenheiten. Die Genehmigung einer neuen Schule wird davon abhängig gemacht, ob sie im Interesse des Bantuvolkes ist. Aus demselben Grunde kann auch eine bereits erteilte Genehmigung wieder rückgängig gemacht werden. Wie heuchlerisch die Regierung ist, ersieht man daraus, daß es der katholischen Mission verboten ist, Schulgelder zu erheben, da der „Bantu gegen die Möglichkeit einer Ausbeutung(!) geschützt werden muß“. Es könnte außerdem möglich sein, daß das Volk in irgendeiner Form die Schließung der katholischen Schule wünscht. Dann muß diese schließen. Jedenfalls ist es der Regierung gelungen, den katholischen Schulvormarsch zum Stillstand zu bringen. Der Schulfeldzug der Kirche brachte in zwölf Monaten 400.000 Pfund Sterling bar ein. Es wird daher der Kirche wohl nichts anderes übrig bleiben, als sich auf die katholischen Kinder zu beschränken. Eine sehr üble Folge der Maßnahme der Regierung scheint sich mit der Tatsache anzubahnen, daß zufolge des Schulprogramms für

Schwarze, das diese offensichtlich inferior halten will, sich auch geheime Schulen bilden, die von der Polizei gesucht werden. Man sieht sofort, welch ungeheure Gefahr mit diesen geheimen Schulen gegeben ist. Sie werden zu Brutstätten der Revolution und des Kommunismus werden. Aus alledem dürfte klar hervorgegangen sein, wie groß die Gefahren für die Entwicklung der afrikanischen Jugend in christlichem Sinne sind. Es ist ein gewaltiger Kampf um die Zukunft der schwarzen Welt entbrannt. Wer wird ihn gewinnen? Das hängt auch vom Christentum Europas ab.

Aus der Weltkirche

Von Prof. Dr. Joh. Peter Fischbach, Luxemburg

I. Die päpstliche Weihnachtsbotschaft vom 23. Dezember 1956

Die Rundfunkrede, die der Hl. Vater am 4. Adventssonntag aus dem Konsistorienaal des Vatikans an die Menschheit richtete, verriet vom ersten bis zum letzten Worte die große Sorge des Stellvertreters des Erlösers um die angstbeladene Menschheit. Ihr eigentümlicher Ton wurzelte in der Erschütterung, die uns seit beinahe zwei Monaten ob der Ereignisse im Nahen Osten und vor allem im vergewaltigten Ungarn gepackt hatte. Und dennoch spürte man noch viel stärker die Kraft und die feierliche Majestät eines obersten Lehrers und verantwortungsbewußten Hirten, der am Vorabend des Festes der Geburt des Weltheilands den Menschen einen Weg des Heiles, den einzigen Weg des Heiles, zeigte. Man horchte, man stimmte zu, und die gesamte Presse widmete den Worten des Papstes lange Auszüge mit zusätzlichen Kommentaren. Wir dürfen uns nicht zu sehr darüber wundern, daß die Presse mit Vorliebe bei der zweiten Hälfte des dritten Hauptteiles der Weihnachtsbotschaft verweilte, weil hier die drückenden Probleme oder vielmehr die grausigen Gefahren der gegenwärtigen Weltlage in sehr konkreter Form behandelt wurden. Das wäre nicht zu verübeln, wenn nicht eben darüber die Papstrede einen beinahe ausschließlich „politischen“ Anstrich erhielt, den sie jedoch nicht in einem solchen Maße besitzt, da sie vorwiegend, und zwar zu wenigstens fünf Sechsteln des Textes, philosophisch-theologisch war, durchaus religiös-weltanschaulich, eine wirklich christliche Botschaft an die Menschheit am Rande des Abgrundes, nicht bloß Auseinandersetzung mit einer östlichen Macht oder Mahnung an die UNO, sondern Gewissenserforschung mit der gesamten Menschheit über die Ursachen der heutigen Ausweglosigkeit zugleich mit dem Aufweis der Mittel zu einer immer noch möglichen Rettung.

Der französische Schriftsteller und Journalist François Mauriac (zitiert im „Osservatore Romano“ vom 12. Jänner 1957) glaubt mit Recht, die Papstbotschaft habe deshalb einen so universalen Anklang gefunden, „weil sie von jedermann, auch von einem Nichtchristen, angelegt werden kann an die Bewertung der Geschichte, die wir heute leben. Der Papst kennzeichnet einen Irrtum über den Menschen, dessen tatsächliche Folgen in die Augen springen. Es ist der Irrtum einer technizistischen Generation, die zwar die Materie im Zügel hat, aber nicht mehr weiß, was der Mensch ist. Oftmals haben die Päpste zu einer gleichgültigen Gesellschaft über die Größe und das Elend des Menschen gesprochen, über seine Würde und die Grenzen dieser Würde, über seine Natur, um es kurz zu sagen, so wie diese dem Humanisten und dem Christen erscheint. Diesmal ist die Menschheit aufmerksam geworden wie ein Schüler, der Sachunterricht hört.“

Was sich gemeinhin Realismus nennt — der enge oder eingeengte Realismus, der Papst spricht vom „sogenannten Realismus“ —, steht heute vor einer totalen Ausweglosigkeit und vor dem, was Pius XII. als „riesigen und angstvollen Widerspruch“ bezeichnet. Dieser lastende Widerspruch offenbart sich darin, daß die Menschen, die Urheber und Zeugen der „zweiten technischen Revolution“, einerseits hoffen, eine Welt zu schaffen, die von Gütern und Tätigkeit strotzt und in der es weder Armut noch Unsicherheit geben wird; auf der anderen Seite steht die bittere Realität des bisher Erlittenen und die quälende Angst um die Zukunft. „Es gibt also